

Die „Salzbacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Zusatzgebühren für eine Garmond-Spaltenseite oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stampel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Salzbacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. Jänner d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Statthalter von Niederösterreich, Gustav Graf Chorinsky, das Großkreuz des königlich bayerischen St. Michael-Verdienst-Ordens;

der Hofrath Karl Graf Hohenwart, der Kaiserliche in das Ritterkreuz zweiter Klasse des päpstlichen Pius-Ordens, annehmen und tragen dürfen.

Nichtamtlicher Theil.

Die Herbst'sche Resolution.

Wir haben gestern der „O. D. P.“ den Wortlaut der Resolution entnommen, welche der Abgeordnete Herbst im Finanzausschusse einzubringen beabsichtigt. Die „O. D. P.“ begleitet heute dieselbe mit folgenden Bemerkungen:

Wenn dieser Antrag zu dem Behufe formulirt worden, um so ziemlich allen gegen die Bewilligung des vollen Betrages des beanspruchten Credits gerichteten Meinungen, welche während der bisherigen Verhandlungen der Section und des Ausschusses hervorgetreten sind, die Möglichkeit der Zustimmung zu gewähren, so läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die glatte Fassung obigen Resolutionsentwurfes hierzu als sehr geeignet sich darstellt. Die entgegengesetztesten Standpunkte der Opposition gegen die Regierungsvorlage können sich bequem unter den weiten Mantel dieser Redaktion bergen und dieselbe ist elastisch genug, der sogenannten spezifisch österreichischen Anschauung, welche die Sache der Herzogthümer als eine für Oesterreich gänzlich fremde betrachtet und überhaupt von dem Bundesverhältnisse Oesterreichs mit Deutschland abstrahirt, wie der Meinung, wonach die österreichische Regierung jedem Bundesvotum, wäre es selbst auf einen Eroberungskrieg gerichtet, sich unbedingt zu beugen habe, zum Ausdruck zu verhelfen. Die Kunst, den verschiedensten, einander diametral entgegengesetzten Ansichten gerecht zu werden, mußte aber gerade deshalb zu jener Einseitigkeit führen, welche parlamentarischen Resolutionen den eigentlichen Werth raubt. Die der Regierung gegenüberstehenden Negationen, auch die sich einander aufhebenden, sind nämlich im obigen Entwurfe, wenn auch nicht klar ausgesprochen, was unmöglich war, so doch umgangen und umschrieben; aber jeder Ausspruch positiver Politik ist dabei gänzlich bei Seite gelassen worden. Eine wahrhaft und echt konstitutionelle Resolution hat nicht bloß dem Ministerium gegenüber auszubringen, was die Volkvertretung nicht will, sondern auch, was sie will. Der vorliegende Entwurf dagegen begnügt sich nur mit dem Ersteren, und läßt betreffs des Zweiten die Regierung völlig unausgesprochen. Nicht einmal einen Fingerzeig erhält dieselbe hierüber, wenn man nicht etwa als solchen geltend machen will, daß das Haus erklären soll, es lehne jede Verantwortung für die Folgen des Schrittes der Regierung von sich ab. Dieß brauchte nicht erst erklärt zu werden, denn die Regierung kann und wird die Verantwortlichkeit, welche sie bereitwillig und in jeder Beziehung auf sich nimmt, und der gemäß sie bereits „ausdehnt“, nicht in Abrede stellen. Eher drängt sich die Frage auf, ob denn das Haus seinerseits bereit wäre, die moralische Verantwortung dafür zu übernehmen, daß eine gemeinsam mit einem anderen Staate bereits ins Werk gesetzte Aktion gelähmt und gebrochen, also mitten in ihrem Verlaufe zu Nichte gemacht würde? — Somit mag die beantragte Resolution vielleicht demjenigen Ausdruck verleihen, worin verschiedene Fraktionen des Hauses, von denen jede für sich un-

bezweifelt in der Minorität sich befindet, unter einander zur Verständigung gelangen können; aber weder dem wahren konstitutionellen Prinzip, noch dem gerechten Anspruch der Regierung auf einen klaren und positiven Meinungsaustruck des Abgeordnetenhauses, noch endlich den Interessen des Landes kann damit gedient sein, daß in einer so ersten Frage die Opposition es zumege bringe, sich mit einer vieldedeutigen Aeußerung über eine Verlegenheit hinweg zu helfen.

73. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 25. Jänner.

(Engerer Reichsrath.)

Auf der Ministerbank: Laffer, Hein.

Auf der Tagesordnung steht die Verathung des „Gesetzes über die Verpflegungsgebühren in öffentlichen Gebär- und Irrenanstalten.“

Berichterstatter ist Dr. Mühlfeld.

Der Ausschuss legt ein aus neun Paragraphen bestehendes Gesetz vor, nach welchem die Gebär- und Irrenanstalten in die Verwaltung der Landesvertretungen übergehen und die Verpflegungskosten von den Landesfondsen derjenigen Länder getragen werden sollen, in welchen sich die Heimatgemeinde des Verpflegten befindet.

In der Generaldebatte ergreift

Abgeordneter Wurzbach das Wort, um gegen die Ausschussanträge zu sprechen. Er vermißt in dem Gesetze Bestimmungen über Kranken- und Findelhäuser, weshalb der Gesetzentwurf eben nur ein Fragment bleibe. Ehe der Reichsrath ein solches Gesetz votire, möge er erst die Vorfrage lösen, ob die in Rede stehenden Anstalten den Anforderungen der Zeit und der Wissenschaft entsprechen, ob sie ferner nothwendig und zweckmäßig sind. — Eine andere wichtige prinzipielle Frage sei die Geheimhaltung der Namen in den Gebäranstalten — man möge nun für oder gegen die Geheimhaltung sein, statuire doch die Gesetzesvorlage eine Ungleichheit des Gesetzes, indem die zahlenden Reichen ihren Namen geheimhalten können, während Namen und Heimat der Armen nach dem Gesetze zum Zweck der Einbringung der Kosten zu eruiert sind. Das Gesetz habe auch auf die Verhältnisse der einzelnen Länder nicht Rücksicht genommen, und in Erwägung all' der Uebelstände beantrage er Uebergang zur Tagesordnung und zugleich an die hohe Regierung die Bitte zu stellen, in der nächsten Session ein Gesetz über Kranken- und Findelhäuser, Gebär- und Irrenanstalten so wie über die Verpflegungsgebühren vorzulegen. (Unterstützt.)

Dr. Eupr spricht ebenfalls gegen die Ausschussanträge. Er geht von dem Principe aus, Gebär- und Irrenanstalten seien aus Staatskosten zu erhalten. Irrenanstalten seien nicht bloß Heilanstalten, sondern auch Detentionsanstalten, durch welche die Gesellschaft vor den Ausschreitungen Irrenmüthiger geschützt wird. Redner sucht nachzuweisen, daß zwischen Straf- und Irrenanstalten ein innerer Zusammenhang bestehe und sagt, der Staat möge nicht dieser hohen Mission sich entäußern der Autonomie halber. Er verstehe die Autonomie anders, als daß man den Ländern nur Pflichten auferlegt. Uebrigens glaube er, daß in der ganzen Vorlage es sich wieder nur um Wien handle, welcher Stadt man Erleichterungen verschaffen wolle. Er schließt sich dem Antrage Wurzbach an.

Conti (für das Gesetz): Er hätte nicht geglaubt, daß ein so notwendiges Gesetz so vielen Anfechtungen ausgesetzt sein werde. Der Vorwurf, das- selbe sei ein Fragment, werde wohl dadurch gut gemacht werden, daß die Regierung in der nächsten Session ein Gesetz über Kranken- und Findelhäuser vorlegen werde. Redner sucht einige Motive Wur-

bach's zu widerlegen und befürwortet die Ausschussanträge.

Wurzbach repliziert unter allgemeiner Heiterkeit, worauf

Minister v. Laffer das Wort ergreift: Er wolle einige aufgestellte Behauptungen kurz beleuchten. Abg. Eupr sei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß zwischen Straf- und Irrenanstalten eine Analogie bestehe. Er überlasse die Prüfung der Frage, ob diese Analogie begründet ist, dem Hause, bekenne sich aber zu der Ansicht, daß zwischen Irren- und Krankenanstalten eine Analogie bestehe. Auch eine andere Bemerkung des Abg. Eupr veranlasse ihn zu einer Gegenbemerkung und er halte sich dazu umsomehr für berufen, weil er nicht, wie der Berichterstatter, Abgeordneter Niederösterreichs sei, sondern die Frage vom unbefangenen Standpunkte beleuchten kann. Es sei eine irrige Auffassung, daß das vorliegende Gesetz einen Bezug auf Wien habe, aber es werde einen Bezug auf Niederösterreich und auch auf andere Provinzen haben. Die Aenderung wird aber darin gelegen sein, daß die Wiener Anstalten nicht, wie bisher, $\frac{1}{2}$ der Verpflegungskosten von den bezüglichen Ländern nach den Zuständigkeitsverhältnissen und $\frac{2}{3}$ von dem Staate erhalten wurden, sondern, daß künftig jedes Land für seine Angehörigen den Anstalten das Ganze zu bezahlen haben wird. Das Resultat für Niederösterreich werde also nur eine weitere Belastung des niederösterreichischen Landesfondses sein. Was die Auseinandersetzungen des Abg. Wurzbach betrifft, so seien die meisten derselben mehr gegen die Findelanstalten als gegen die Gebär- und Irrenanstalten und hätten dazu beigetragen, die Schwierigkeiten, welche der Lösung der Frage der Findelanstalten entgegenstehen, noch zu vermehren. In den Landtagen habe diese Frage eine verschiedene Beurtheilung erfahren und habe ebenjowenig in dem Schooße der Regierung als in den Landtagen noch eine bestimmte Lösung erfahren. Der Minister gibt noch einige Details über das Verhältniß Krains (Wurzbach) zu Triest (Conti) betreffs der Triester Gebäranstalt und erklärt, weitere Auseinandersetzungen dem Berichterstatter überlassen zu wollen.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld verteidigt den Ausschussantrag und sagt unter Anderm: Das von Wurzbach vorgebrachte Prinzip der Geheimhaltung der Namen in Gebäranstalten gehöre gar nicht in die Generaldebatte, sondern in die Spezialdebatte, wo Abg. Wurzbach die bezüglichen Amendements einbringen könne. Er bekämpfe den Antrag Wurzbach und befürwortet, in die Verathung des Gesetzes einzugehen. — Der Antrag Wurzbach auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt, worauf zur Spezialdebatte geschritten wird.

S. 1. (Die Verpflegungskosten zahlungsunfähiger Personen sind von den Landesfondsen derjenigen Länder zu tragen, in welcher sich die Heimatgemeinde des Verpflegten befindet.)

S. 2. (Die bisherige Reciprocität, daß Landesfonde der Länder, in welchen öffentliche Gebär- und Irrenanstalten bestehen, gegenseitig keinen Kostenersatz ansprechen durften, wird aufgehoben.)

S. 3. (Bezüglich der unentgeltlich Aufgenommenen ist das Heimatsrecht derselben zu erheben und diese Erhebung dem Landesauschusse jenes Landes mitzutheilen, wo der Kranke Heimatberechtigt ist.)

S. 4. (Es bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten, zu bestimmen, ob die Verpflegungskosten für Geistesranke von der Heimatgemeinde zu ersetzen seien. Hinsichtlich der in die Gebäranstalt Aufgenommenen kann ein Regreß an die Heimatgemeinde nicht stattfinden.)

S. 5. (Bezüglich Ausländer bleiben die bestehenden Vorschriften und Staatsverträge aufrecht.)

S. 6. (Besteht für Ausländer kein Reciprocitätsverhältniß, oder läßt sich die Staatsbürgerschaft nicht

Ausland.

sicherstellen, hat der Landesfond des Landes, wo die Anstalt besteht, die Kosten zu tragen.)

§. 7. (Die Gebühr für Zahlungsunfähige darf für Ausländer oder Angehörige anderer Länder nicht höher sein, als für Landesangehörige.) Werden ohne Debatte angenommen.

Bei §. 8 (Gebär- und Irrenanstalten übergeben in die Verwaltung der Landesvertretungen) ergreift

Minister v. Caffer das Wort, um zu erklären, daß das Ministerium diesen Paragraph nur mit folgender Interpretation annehmen könne. Mit dem Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes werden überall, wo bisher aus dem Titel, daß das Aler zu den Kosten beitrage, auch ärarische Verwaltung bestand, die Anstalten in die Verwaltung der Landesvertretung überzugehen haben. Alle jene Anstalten, bei welchen das Aler nichts zur Erhaltung derselben beigetragen hat, sei diese Uebergabe bereits geschehen aber mit Vorbehalten, welche sich nicht bloß auf die Frage des Eigentums beziehen, sondern, welche sich von den Standpunkten des Unterrichtes, der Sanitätspolizei u. s. w. ergeben haben. Ebenso wie bei den bereits übergebenen Anstalten die gemachten Vorbehalte durch dieses Gesetz nicht alterirt werden können, ebenso könne auch kein Anstand erhoben werden, daß bei den erst zu übergebenden, dieselben Vorbehalte gemacht werden.

Grocholski stellt an den Minister die Frage, ob die Landesfonde verpflichtet sein werden, diese Anstalten mit den erwähnten Vorbehalten zu übernehmen.

Minister v. Caffer bemerkt hierauf, daß der bisher bei der Uebergabe beobachtete Vorgang auch fernerhin eingehalten werden würde, und theilt die bisher gemachten Vorbehalte mit. Diese beziehen sich auf die Zwecke und Widmungen dieser Anstalten, verhalten dieselben, die Zwecke des Unterrichtes (medizinische) zu erfüllen, setzen fest, daß den Eigentumsrechten des Alerars durch die Uebergabe nicht präjudizirt werde, wahren der Sanitätspolizei das Recht der Abgabe von Personen und sichern den Beamten und Dienern die bisher erworbenen Rechte. Er habe zu §. 8 kein Amendement gestellt, sondern sich nur verpflichtet, zu erklären, wie die Regierung diesen Paragraph interpretire.

§. 8 wird hierauf angenommen, ebenso

§. 9 (das Gesetz tritt mit 1. Jänner 1865 in Kraft).

Ueber Antrag des Berichterstatters wird das Gesetz in dritter Lesung endgültig zum Beschluß erhoben.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Oesterreich.

Venedig, 22. Jänner. Es dürfte Sie vielleicht interessieren, zu erfahren, daß hier in dem durch und durch italienischen Venedig nicht nur, wie ich Ihnen bereits schrieb, Sammlungen zu Gunsten Schleswig-Holsteins gemacht werden, welche im Verhältnis sehr ergiebig ausfielen, sondern daß mehrere junge Leute, besonders Norddeutsche, Venedig verlassen haben, um wo möglich als Freiwillige zur Befreiung der deutschen Herzogthümer mitzukämpfen. Die Betreffenden gehören durchaus den besten Familien an, stehen auf einer hohen Stufe der Bildung, und es bedurfte bei manchen derselben nicht unbedeutender persönlicher Opfer, um ihren patriotischen Entschluß durchzuführen. Bei der jetzigen Lage der Dinge ist nun freilich wenig Aussicht vorhanden, das Projekt zu realisiren, immerhin ist der Entschluß ein schönes Zeichen deutscher Vaterlandsliebe. Ueberhaupt macht sich bei den hier lebenden Deutschen ein sehr erfreuliches Bemühen bemerkbar, den feindseligen Elementen gegenüber ihre deutsche Nationalität und Zusammengehörigkeit zu wahren. So haben wir z. B. hier nebst dem Schiller-Casino, wo öfters deutsche öffentliche Vorträge gehalten werden, einen deutschen Männer-Gesangsverein und man geht jetzt auch mit dem Gedanken um, eine deutsche Turnschule zu errichten. Eine deutsche Elementar- und Realschule haben wir hier bereits, und so sieht zu hoffen, daß die früher häufige so traurige Erscheinung aufhören werde, daß die hier lebenden Deutschen schon in der zweiten Generation sich vollständig italianisiren. Mittel und Wege gibt es für die hier lebenden Deutschen genug, ihre Nationalität zu wahren, deutsch zu denken und deutsch zu handeln. — Unter die vielen Drohungen, welche angewendet wurden, um die hierher engagirte berühmte Sängerin Pizzolini am Auftreten zu hindern, gehörte auch jene, sich an ihrem Besitzthum zu rächen. Heute nun zirkulirt hier die Nachricht, daß ihr Palais in Bologna angezündet worden und abgebrannt sei. — Obwohl wir uns mitten im Carneval befinden, gibt derselbe nicht das geringste Lebenszeichen von sich. Keine Bälle, keine Maskeraden, keine Umzüge, mit einem Worte, der historische Carneval von Venedig lebt nur in der Erinnerung noch.

Die „Jahr-Ztg.“ bringt folgende, aus München, 13. Jänner, datirte Mittheilung: Wenn von gut unterrichteter Seite nunmehr versichert wird, der hier verweilende großherzoglich badische Gesandte am kais. Hofe zu Wien, Freiherr v. Goelsheim, habe im Auftrage seiner Regierung den dringenden Wunsch überbracht, die bayerische Armee möchte mobil gemacht werden, so berechtigen auch andere Umstände zu der Annahme, daß an jene Versicherungen Zweifel nicht mehr zu knüpfen sind. Doch glauben wir darauf noch besonders aufmerksam machen zu müssen, daß vorerst nur in Form eines dringenden Wunsches und keines förmlichen Antrages die Initiative zum ersten Schritt des thatsächlichen Handelns ergriffen worden ist.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Thüringen schreiben: Es geht das Gerücht von der Besetzung Thüringens durch Preußen. Aufgefallen ist, daß sämtliche zum Hofball in Weimar wie gewöhnlich eingeladene Offiziere der benachbarten preussischen Garnisonen die Einladung abgelehnt haben.

Frankfurt, 24. Jänner (Abends.) Morgen früh geht die schleswig-holsteinische Landesdeputation nach München, um dem Könige Max für die seitherige Unterstützung zu danken und ihn zu ersuchen, sich ferner der schleswig-holsteinischen Sache warm anzunehmen.

Heute von 4 bis 6^{1/2} Uhr Nachmittags hat eine Volksversammlung zu Ehren des Ausschusses der Sechshunddreißig und der schleswig-holsteinischen Landesdeputation, 186 Personen stark, im Saalbau stattgefunden. Die deutsche und die schleswig-holsteinische Fahne schmückten die mit Bewohnern der Stadt und Umgegend überfüllten Ränge; tausende mußten auf der Straße bleiben. Die Deputation wurde bei der Einführung in den Saal stürmisch begrüßt. Brater verlas die Proklamation des Sechshunddreißiger Ausschusses an das deutsche Volk, welche dieses zur thatsächlichen Pflächterfüllung und zum praktischen Handeln in der Sache Schleswig-Holsteins mahnt. In der Versammlung wurden Reden im gleichen Sinne gehalten. Resolutionen sind nicht gefaßt worden. Nach der Versammlung fand wieder Ausschußsitzung statt, da man vorher noch nicht zu Beschlüssen gekommen war.

Der Text der Adresse der schleswig-holsteinischen Landesdeputation an den Bundestag lautet, wie folgt:

Hohe Bundesversammlung! Holsteins Volk und Land hat Jahrhunderte hindurch dem Vaterlande nach redlichem Vermögen seine Schuldigkeit gethan. Unsere Väter haben deutsches Recht und deutsche Ehre, deutsche Treue und deutschen Sinn allen Anfechtungen gegenüber zu wahren gewußt und sind als die rechten Grenzwächter Deutschlands im Norden besunden worden.

In diesen Tagen der Entscheidung hat Holstein abermals unzweideutig bewiesen, daß es an dem alten Rechte und dem alten theuren Vaterlande beharrlich festhält. Das ganze Volk hat sich einmütig erhoben, um dem Erben der schleswig-holsteinischen Herzogskrone Friedrich VIII., unserem rechtmäßigen Landesherren, die Huldigung darzubringen. Das ganze holsteinische Volk ist einig in dieser Anerkennung seines Herzogs und in der heiligen Absicht, bis zum letzten Blutstropfen das verbrüderte Pölvolk in seinem Recht und seiner Freiheit zu vertreten.

Hohe Bundesversammlung! Als ein Zeichen der über alle Theile, Stände und Parteien des Landes verbreiteten Gesinnung sendet das Volk von Holstein uns, die ehrerbietige Deputation, um der höchsten Behörde des Vaterlandes unsere heißesten Wünsche ans Herz zu legen. Zahlreiche Gemeinden und Vereine Holsteins haben uns abgeordnet; damit wir persönlich der hohen Bundesversammlung an den Tag legen, daß die Holsten mit ganzem Herzen sich als Söhne des großen Deutschlands fühlen, daß sie von ihrer altererbten Liebe zu den Brüdern in Schleswig nicht lassen wollen und daß sie ihres Landes alterwürdiges Recht nicht anders gesichert glauben als mit der durch Gottes Rathschluß verhängten Trennung von Dänemark und mit dem von Deutschland demnächst anerkannten Regierungsantritte unseres rechtmäßigen Herrn, Sr. Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein, unseres geliebten Fürsten Friedrich VIII.

Hohe Bundesversammlung! Durch unseren Mund ruft das Volk und Land von Holstein tief bewegt von qualvoller Ungeculd über das Hinausschieben eines Beschlusses, welcher über sein ganzes Dasein, ja darüber entscheidet, ob das alte Holsteinland bei Deutschland bleiben oder zu Grunde gehen soll. Die Fürsten und freien Städte Deutschlands wollen endlich dem Rechte sein Recht werden lassen und ohne Verzug und freudig den durchlauchtigen Herrn, welchen ganz Holstein als seinen Herzog erkennt, in die Reihe der deutschen Souveraine aufnehmen, unser Recht also mit der Anerkennung Deutschlands besiegeln und die Wünsche des gesamten deutschen Volkes und der

Mehrheit seiner Fürsten und Obrigkeiten, die Gottlob mit uns sind, zur Erfüllung bringen.

Breslau, 23. Jänner. Die „B. Z.“ schreibt: Die Oesterreicher sind da! Unsere Stadt hat in Folge dessen ein wahrhaft kriegerisches Aussehen erhalten; in den schmutzigen Straßen flaniert das k. k. Militär aller Grade und Waffengattungen, meist stattliche Leute, denen ihre neuen Uniformen wohl anstehen. Bisweilen begegnet man auch einem Trupp preussischer Garde-Reserven, die zu ihren Regimentern einberufen sind. Die Fremden werden ihrer eigenenthümlichen Erscheinung und Ausrüstung wegen oft von Neugierigen begleitet, zahlreiche Gruppen waren namentlich bei Ankunft der Extrazüge im Rayon des Bahnhofes und an denjenigen Plätzen versammelt, welche das fremde Militär passieren mußte.

Aus **Kiel** wird unter dem 21. d. geschrieben: Das herzogliche Kabinett ist nach dem Eintreffen des Oberst du Plat jetzt vollständig. Der Oberst war bisher in Gotha geblieben und seine Vertretung in militärischer Beziehung lag hier jetzt seinem Sohne, Lieutenant du Plat, ob. Der Herzog selbst hat fortwährend Deputationen zu empfangen, zu denen namentlich das flache Land zahlreiche Kontingente stellt. Im Kabinett und in den einzelnen Ressorts ist man in voller Arbeitsbätigkeit. Namentlich sieht man mit Frankfurt in lebhaftesten Beziehungen. Die Stimmung am Bunde wird für den Herzog stets günstiger; es darf als gewiß gelten, daß Hannover für die Erbfolge Friedrichs VIII. stimmen werde, so daß zu den dissentirenden Stimmen der Großmächte nur diejenigen einiger Kleinstaaten kommen werden, deren Vota man auf Rechnung scheelsüchtigen Neides wird setzen müssen.

Wie aus **Mailand** vom 19. d. M. geschrieben wird, wird Brescia zu einem festen Waffenplatz umgestaltet; das verchanzte Lager bei Cremona wird erweitert, bei Volta, Goito und San Benedetto werden Verschanzungen angelegt. Endlich werden sogar die früher aufgelösten Feldspitäler in der Lombardie wieder errichtet und an der Einrichtung von Ambulancen nach französischem Muster gearbeitet. Seit einer Woche rücken bedeutende Truppenverstärkungen aus dem Innern des Landes hier ein, und die zweite Linie der von Mailand bis Ancona sich ausbreitenden Stellung wird namhaft verstärkt.

Aus **London** empfängt die „Königliche Zeitung“ folgende Mittheilung: „Sir Henry Bulwer-Lytton, der von Konstantinopel hiehergekommen war, um besonders über den jetzigen sehr zerrütteten Zustand der Donau-Fürstenthümer Beratungen zu pflegen, ist jetzt wieder auf der Rückreise begriffen und hat die Mission, sich einige Zeit in Paris aufzuhalten. Es ist ziemlich bekannt, daß er der Schwager Lord Conley's ist, dessen Schwester er geheiratet hat; weniger bekannt dürfte sein, daß unsere Regierung, für den Fall das Verhältnis zu Frankreich noch mehr erkalten sollte, ihn zum Botschafter in Paris, an Stelle seines Schwagers, bestimmt hat. Sir Henry hat Auftrag erhalten, in Paris Folgendes zu sagen: „England erachte die Fortdauer Dänemarks, wenn man ihm die Herzogthümer entreiße, für unmöglich. Der König von Dänemark habe erklärt, daß, wenn es hierzu kommen sollte, er entschlossen sei, die dänische Krone dem Könige von Schweden anzubieten, der bereit ist, sie anzunehmen. Nun wisse die englische Regierung zwar nicht, ob die skandinavische Union Frankreich recht sei; ihr aber sei sie jedenfalls nicht recht. England sei daher entschlossen, im Frühjahr Dänemark mit 25 000 Mann und einer Flotte zu Hilfe zu kommen.“ Nach wichtigen Privatmittheilungen, die mir vorliegen, hat Bulwer seine Erklärung in Paris bereits abgegeben. Ich füge hinzu, daß dieselbe große Bankhäuser von der eventuellen Theilnehmung Englands am Kriege fest überzeugt sind und daher glauben, daß Oesterreichs und Preußens Politik vorzugsweise ihre Motive in dieser Haltung unserer Regierung hat. Daß Dänemark England in der Weise vor der skandinavischen Union Furcht macht, daß es droht, sie durch die Anbiederung der dänischen Krone an Schweden selbst herbeiführen zu wollen, ist einer jener machiavellistischen Streiche, an denen die Geschichte Dänemarks bezüglich der Herzogthümer überreich ist.“

Die Londoner Blätter beschäftigen sich mit der Lage Dänemarks. Das Organ Palmerston's spricht die Ueberzeugung aus: die dänische Regierung sei nicht kompetent, die Konstitution aufzuheben, aber sie sei bereit, den Reichsrath zusammenzuberaufen, um ihm die verlangten Modifikationen der November-Verfassung vorzulegen. „Welchen Werth kann aber dieß haben?“ fragt die „Post.“ Der Reichsrath könne sich nicht vor Ablauf eines Monats versammeln, und die Wahlen müßten auf Grundlage der November-Verfassung vorgenommen werden. „Nichtsdestoweniger seien die Chancen für die Erhaltung des Friedens nicht ungünstig, denn die Erklärungen, welche England und Frankreich in Wien und Berlin abgeben, seien solcher Natur, daß eine große Kabinets-der beiden deutschen Großmächte dazu gebörte (!),

die Truppen dennoch über die Eider marschiren zu lassen!"

Nach dieser Auslassung des Palmerston'schen Organes hat man Grund anzunehmen, daß bezüglich der Herzogthümerfrage ein volles Einverständnis zwischen den Westmächten herrsche, eine Annahme, die durch offiziöse Pariser Blätter bestätigt wird. So bringt die „Patrie“ einen vom dänischen Standpunkte aus geschriebenen Bericht aus Kopenhagen, dessen Grundgedanke dahin geht, „daß sich Dänemark heute in derselben Lage befindet wie Piemont im Jahre 1859. (!) Die „Quarterly Review“ entrollt das Programm, welches die Tories, denen fast die Hälfte des Unterhauses angehört, in der nächsten Session festhalten werden. Das Programm greift auf die bekannte Note Russell's vom Jahre 1862 zurück, durch welche die deutschen Regierungen „ermuthigt worden seien“, ihre gegenwärtige Haltung in der Herzogthümer-Frage anzunehmen. England, heißt es in dem Programmartikel, dürfe nie zugeben, daß der Sund, der Bosporus, die Meerenge von Gibraltar oder der Isthmus von Suez in die Hände einer Macht ersten Ranges gelange. Wenn die sich geltend machenden Präntationen anerkannt werden, so werde aber Dänemark unter die Abhängigkeit von Deutschland gebeugt, es ist für England von höchster Wichtigkeit, daß Dänemark keinen seiner festen Punkte verliere. Das Londoner Protokoll verpflichte England zwar zu keiner Garantie, wohl aber seine eigenen Interessen. Man müsse es Deutschland in's Gedächtnis rufen, daß der Krieg mit Dänemark den Krieg mit England bedeute, und nichts sei so sehr geeignet, den Krieg herbeizuführen, als die Verbreitung des irrigen Glaubens, England werde Dänemark nicht helfen.“ Diese Uebereinstimmung zwischen dem Organ der Tories und jenem Palmerston's scheint uns um so beachtenswerther, als telegraphische Nachrichten aus Schweden über die daselbst wachsende Bewegung für Dänemark es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß man auch in Stockholm dennoch zu einer Hülfsleistung gedrängt werden wird.

London, 25. Jänner. „Times“ hofft auf Erhaltung des Friedens. „Morning-Post“ meldet: Die deutschen Großmächte würden Dänemarks Vorschlag eines sechswochenentlichen Aufschubes verwerfen. Es drohe somit der Ausbruch eines Krieges. England dürfte kaum neutral bleiben und mit Frankreich, Rußland und Schweden die Integrität Dänemarks verteidigen.

Fokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 27. Jänner.

Die gewöhnlich während des Fastenings von der pharharmonischen Gesellschaft veranstaltete Liedertafel wird heuer in der Fastenzeit abgehalten werden.

Für den bevorstehenden Karrenabend sind mehrere Lokalitäten der Schießstätte zu Garderobezimmer bestimmt worden, um öftere Umkleidungen zu ermöglichen. Ferner hat das Comité selbst die Verpflichtung übernommen, für gute Getränke Sorge zu tragen, so daß in dieser Beziehung keine Beschwerde zu erwarten steht.

Krain zählt 19 die Advokatur wirklich ausübende Advokaten und zur Vertbeidigung in Strafsachen ermächtigte Individuen, von denen 9 in Laibach und 10 auf dem Lande wohnen.

Die Nachricht, daß der „Herr Statthalter Freiherr v. Kellersperg nach Venedig versetzt werde, der dortige Landeschef v. Toggenburg für einen höheren Posten in Wien bestimmt sein dürfte, und für Triest in diesem Falle der Graf Coronini bestimmt sein solle“, wird von der „Trieſter Zeitung“ dementirt.

Das „E. f. E. u. D.“ schreibt: Bei den jüngst vorgekommenen Schneeverwehungen am Karste haben sich die nach früheren Beobachtungen noch meist unter der Staatsregie aufgestellten Schneewände vortheilhaft bewährt und war an allen diesen Punkten mit dem Schneepfluge noch durchzukommen. Dagegen waren diesmal in Folge des heftigen Vorkommens Strecken verweht, auf welchen bisher der Verkehr niemals noch gestört worden war. Der Schnee erreichte in den Einschnitten nächst Rakel eine Höhe von 6 bis 8 Fuß, bei Adelsberg nächst dem sogenannten Räuberkommando von 6 bis 10 Fuß, zwischen Preßbrankel und St. Peter, bei Divazza und in den Einschnitten der Strecke Projacco-Rabresina von 6 bis 8 F. und zwischen Rabresina und Orignano selbst bis 10 F. über den Schienen. Der Schnee war so fest gefroren, daß er mit den Schaufeln nur sehr schwer gestochen werden konnte. Es war auch nur durch die äußerste Thätigkeit und Anstrengung des betreffenden Personales möglich, die ganze Strecke binnen zwei Tagen, nachdem sich der heftigste Sturm gelegt hatte, für den Verkehr wenigstens auf einem Geleis zu eröffnen. Das Ereigniß ist ohne Unglücksfall und ohne wesentliche Beschädigungen an der Bahn und an den Fahrbetriebsmitteln abgelaufen.

In Graz wurde am 25. d. M. dem eben dort weilenden Mitgliede des Herrenhauses Herrn Anton Grafen Auersperg die Vertrauensadresse der Grazer Bevölkerung überreicht. Sie ist mit mehr als 2000 Unterschriften bedeckt, unter welchen der Gemeinderath, die Lehrkörper der Universität und des Joanneums und das Bürgercorps als abgeschlossene Körperschaften erscheinen und neben hervorragenden Vertretern der Bürgerschaft mancher altherwürdige Name des steiermärkischen Adels zu lesen ist. Außer Grafen Auersperg, der auch noch andere Orte, wie Kindberg, Leibnitz, Arnfels u. s. w. an der Adresse theilnimmt, während überdies mehrere Städte und Märkte des Landes besondere Adressen an Graf Auersperg gelangen lassen.

Vermischte Nachrichten.

Den Bemühungen des Ober-Kommissärs der Triester Polizei-Direktion, Parma, ist es im Vereine mit dienstwilligen Unterstützungen von Seite der piemontesischen Behörden in Kürze gelungen, drei Fabriken von falschen Banknoten zu 10 fl., und zwar eine in Mailand, die zweite in Astano bei Lugano, und die dritte in Bellinzona zu entdecken. Sämmtliche Fälscher sind bereits ergriffen. Die meisten Fälskate wurden in Tirol ausgegeben, und sollen im Ganzen 6000 bis 7000 Stück zu 10 fl. verausgabt worden sein.

Aus Padua (Mähren) wird geschrieben: Am 19. d. M., um 1 Uhr Nachts, löste sich eine ungeheure Masse des Sandsteingebirges oberhalb dem Abbau ab, zertrümmerte die hier befindliche Zimmern mit ihrer Last von mehreren tausend Zentnern Kleingeröll und verschüttete fünf in der Arbeit begriffene Bergleute. Von den verunglückten Bergleuten sind Freitag vier Leichen begraben worden. Das Unglück wurde dadurch veranlaßt, daß im nördlichen Bau plötzlich ein Theil desselben „zu Bruch“ gegangen ist, ohne daß es möglich war, sämtliche Arbeiter in Sicherheit zu bringen, weshalb sechs Arbeiter durch das Zusammenbrechen verschüttet wurden. Einer wurde bald mit unbedeutenden Quetschungen zu Tage gebracht, ein Zweiter gab bald Zeichen des Lebens durch Zursich und wurde nach 29stündiger Arbeit gerettet.

In einem Städtchen Mährens hat dieser Tage ein Gastwirth einen Eiskeller herstellen wollen, wogegen jedoch Gemeindeglieder beim dortigen leblichen Antee Protest einlegten, indem es nicht zu dulden sei, daß jetzt, wo eine so enorme Kälte herrsche, noch mehr Frost ins Städtchen eingeschleppt werde, nämlich durch Herstellung eines Eiskellers! Der Korrespondent der „Presse“ versichert, er erzähle eine wahre Geschichte neuesten Datums.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Prag, 25. Jänner. Die Truppenszüge wurden plötzlich eingestellt, die Eisenbahndirektionen übernehmen wieder die Frachtenbeförderung. Das Militärökonomat beschied die Offerte der Tuchlieferanten abschlägig, da jetzt kein Bedarf für Tuchlieferungen mehr vorhanden sei.

München, 25. Jänner. Die „Baierische Zeitung“ meldet: Die Nachricht der „Südd. Zeitung“, daß Baiern mit Oesterreich über die schleswig-holstein'sche Angelegenheit unterhandle und bereit sei, wenn die Großmächte Holstein dem Herzog Friedrich überlassen, wegen Schleswig auf einer Konferenz zu unterhandeln, entbehrt jeder Begründung.

Frankfurt, 25. Jänner. Eine Proklamation des Sechsendreißigerausschusses tadelt das Vorgehen der deutschen Großmächte in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit in starken Ausdrücken, fordert die Regierungen, welche dagegen Protest erhoben haben, auf, handelnd aufzutreten, den Herzog Friedrich anzuerkennen und der Sache der Herzogthümer ihre ganze Wehrkraft zur Verfügung zu stellen. Die Proklamation schließt mit einer Aufforderung an die Deutschen, in Ausübung gesetzlicher Rechte thätig zu sein und zur Unterstützung der Herzogthümer beizutreten.

In der gestrigen Abend Sitzung des Sechsendreißigerausschusses wurde zunächst eine Nachwahl zur Vervollständigung des Ausschusses vorgenommen. Es wurden gewählt: Friedrich Oetzer aus Kassel, Oesterlen aus Stuttgart, Christman aus Dürkheim, Redwig aus München und Arnheim aus Bayreuth; Karl Barth aus Augsburg wurde in die Geschäftskommission gewählt. Anwesend waren 21 Mitglieder. Die Preußen und Oesterreicher entschuldigten ihre Abwesenheit mit ihren Landtagsgeschäften.

Berlin, 25. Jänner. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution angenommen,

welche den Sonnabends gefaßten Herrenhausbeschuß bezüglich des Budgets für null und nichtig erklärt. Minister Graf Eulenburg verlas hierauf eine königliche Botschaft bezüglich der Schließung des Landtages, welche Nachmittags 2 Uhr durch Staatsminister v. Bismarck nach Verlesung einer Thronrede erfolgte, worin die Regierung auf die Hoffnung einer Verständigung einzuwirken verspricht, sich jedoch verpflichtet erklärt, für die Erhaltung des Staates einzustehen, wobei sie auf die wachsende Unterstützung des Landes rechnet.

Berlin, 25. Jänner. Das Abgeordnetenhaus beauftragte die Budgetkommission sofort über den vom Herrenhause am Samstag gefaßten Beschluß zu berichten und nimmt die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution an, welche den Beschluß des Herrenhauses für null und nichtig erklärt.

Hamburg, 24. Jänner. (Witterung neigt sich zum Froste.) In der Altonaer Hauptkirche wurde heute Probst Kiewert, als er die Kanzel betrat, tumultuarisch empfangen und gezwungen, die Kirche zu verlassen. Außerhalb derselben mußte ihn das sächsische Militär vor der andrängenden Menge schützen, wobei ihn der Bundeskommissär v. Könnert mit seiner Person deckte. Die Volksmenge brachte Herrn v. Könnert ein Lebehoch!

Hamburg, 25. Jänner (Nachmittags.) Westwind, 2 Grad Wärme. Das Eis der Elbe ist für Wagen nicht mehr passierbar.

Altona, 24. Jänner (Abends.) Ein öffentlicher Anschlag verkündet, daß Probst Kiewert um seine Entlassung einkommen sei und die Stadt verlassen habe. Das Pfarrhaus sei als städtisches Eigenthum zu respektiren.

Kopenhagen, 24. Jänner. „Berlingske Tidende“ meldet: Amtmann Johansen ist heute zum interimistischen Minister für Schleswig ernannt worden.

London, 25. Jänner. „Times“ erhielt von der hiesigen Regierung die offizielle Mittheilung, daß die deutschen Großmächte den Einmarsch der Truppen nach Schleswig nicht suspendiren oder verschieben wollen.

Neueste levantinische Post.

Bei **Widdin** soll ein starkes türkisches Korps konzentriert werden. Einer Bekanntmachung des russischen Konsulats in Konstantinopel zufolge müssen fortan die nach Eberion und Nikolajeff segelnden Schiffe ihre Gesundheitszertifikate in Otschakow vordere lassen. In Rhodus wüthete am Christabend ein heftiger Sturm und in der folgenden Nacht wurden mehrere Erdstöße fühlbar. Aus Sukum Kate vom 26. v. M. wird gemeldet, daß zwischen Russen und Türken ein erbitterter Kampf mit beiderseitigem großen Verluste stattfand. Aus Oressa vom 9. Jänner schreibt man, daß dort Alles ein kriegerisches Ansehen trägt. Der Oberkommandant der Südmee, General Süders, inspizirt gegenwärtig die Truppen am Pruth und Dniester.

Aus **Bukarest** berichtet man, der Chef der französischen militärischen Mission habe dem Fürsten zur Kenntniß gebracht, daß er im Frühjahr auf eine Nationalgarde von 100.000 Mann nebst einer regulären und selbstthätigen Armee von 50.000 Mann zählen könne. In der kleinen Walachei sollen Truppen konzentriert werden, und es heißt, die Offensiv- und Defensivallianz zwischen dem Fürsten Couza und dem Fürsten Michael von Serbien sei jetzt definitiv abgeschlossen. Letzterer habe sich verpflichtet, für Offensivoperationen 60.000 Mann Infanterie und 10.000 Mann Kavallerie zu stellen. (?)

Die griechische Regierung hat von der Nationalversammlung die Ermächtigung zu einem Anlehen von 4 1/2 Millionen Drachmen verlangt.

Markt- und Geschäftsbericht.

Neustadt, 25. Jänner.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 4.96; Korn fl. 2.76; Gerste fl. —; Hafer fl. 1.60; Halbfucht fl. 3.10; Heiden fl. 2.66; Hirse fl. 3.30; Aukuruz fl. 3.—; Erdäpfel fl. 2.—; Linsen fl. 6.40; Erbsen fl. 6.40; Bohnen fl. 4.90; Rindschmalz pr. Pfund fr. 45; Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 30, detto geräuchert fr. 40; Butter fr. 40; Eier pr. Stück fr. 1 1/2; Milch pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 20, Kalbfleisch fr. 26, Schweinefleisch fr. 22, Schöpfenfleisch fr. —; Hühner pr. Stück fr. 33, Tauben fr. 24; Hen pr. 3tr. fl. 3.50, Stroh fl. 1.40; Holz, hartes, pr. Klafter fl. 6.30, detto weiches fl. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5, detto weißer fl. 4.

Theater.

Morgen Donnerstag: Benefice des Hrn. Enders: **Theatralischer Anfin.** Singspiel in 4 Vorstellungen, von Morländer.

Börsenbericht.

Wien,
den 25. Jänner

Die Börse verlief und schloß in fester Haltung. Besonders waren Wechsel auf fremde Plätze viel, und fast um 1% billiger zu haben. Eben so Gold und Silber im Verhältnisse wohlfeiler. Geld sehr flüssig und billig. Von Papieren zeigen vorzugsweise 1860er-Lose und Kreditlose eine große Festigkeit. Auch Kredit-Aktien sind um 1 fl. vor. Stüd gestiegen. Metallisches und National-Anleihen um einen kleinen Bruchtheil matter. In Grandentlastungs-Obligationen wenig Umsatz. Steuer-Anleihen und verlosbare Baupfandbriefe begehrt, Karl Ludwigbahn-Aktien matter.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)		Geld	Baare
In österr. Währung zu 5%	67.75	67.85	
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz. %	96.75	97.00	
ohne Abschritt 1862 %	95.00	95.25	
National-Anleihen mit Jänner-Coupons zu 5%	80.00	80.20	
National-Anleihen mit April-Coupons zu 5%	80.20	80.30	
Metallisches zu 5%	72.25	72.35	
ditto mit Mai-Coup.	72.40	72.50	
ditto zu 4 1/2%	63.75	64.00	
mit Verlesung v. Jahre 1839	141.75	142.25	
" " 1854	90.75	91.00	
" " 1860 zu 500 fl.	93.40	93.50	
" " zu 100 fl.	93.65	93.75	
Com.-Rentensch. zu 42 L. austr.	18.25	18.75	
B. der Kronländer (für 100 fl.)			
Grundentlastungs-Obligationen, Nieder-Österreich zu 5%	87.50	88.00	
Ob- u. Nid. u. Salz. zu 5%	84.25	84.75	

C. der Provinzen		Geld	Baare
Böhmen zu 5%	91.00	92.00	
Steiermark zu 5%	87.50	88.50	
Kärnt., Krain u. Küst. zu 5%	88.00	88.50	
Mähren u. Schlesien zu 5%	88.50	9.00	
Ungarn zu 5%	74.00	74.50	
Don. Ban. u. Slav. zu 5%	72.00	72.50	
Galizien zu 5%	71.75	72.25	
Silb. u. Bukow. zu 5%	71.00	72.00	
in d. Berl.-Gl. 1867 zu 5%	71.00	72.75	
Benetianisches Anl. 1859 zu 5%	93.00	93.00	

Aktien (pr. Stüd.)

Nationalbank zu 200 fl. v. W.	780.00	782.00
Kredit-Anstalt zu 200 fl. v. W.	181.40	181.50
Ö. u. Böhm. Anst. z. 500 fl. v. W.	662.00	664.00
Ö. u. Böhm. Anst. z. 1000 fl. v. W.	1690.00	1692.00
Ö. u. Böhm. Anst. z. 200 fl. v. W.	189.00	189.50
Kais. Gl.-B. zu 200 fl. v. W.	136.50	136.75
Süd.-östr. Verb.-B. zu 200 fl. v. W.	126.75	127.00
Süd. Staatsb. lomb. v. n. centr. ital. Gl. zu 200 fl. v. W.	500.00	500.00
mit Einzahlung	244.00	245.00

D. der Eisenbahnen		Geld	Baare
Galiz. Karl-Ludw.-Bahn z. 200 fl.	196.75	197.25	
Öst. Don.-Dampfsch.-Ges. z. 200 fl.	429.00	430.00	
Österr. Lloyd in Triest z. 200 fl.	226.00	228.00	
Wiener Dampf- u. Sch.-Ges. z. 200 fl.	440.00	450.00	
Wiener Kettenbrücke z. 200 fl.	392.00	394.00	
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	153.50	153.75	
Eisenbahn-Aktien 200 fl. v. W.	147.00	147.00	
in 140 fl. (70%) Einzahlung.	147.00	147.00	

Pfandbriefe (für 100 fl.)

Nationalbank auf 6. W. verlosb. zu 5%	102.00	102.25
G. M. verlosbare zu 5 "	90.00	90.50
Nationalbank auf 6. W. verlosb. zu 5 "	86.20	86.30
Ungarische Boden-Credit-Anstalt zu 5 1/2 %	88.60	88.80
Lose (pr. Stück)		
Österr. Anstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. v. W.	131.75	132.00
Don. Dampf- u. Sch. zu 100 fl. v. W.	90.00	91.00
Stadtbank Wien zu 40 fl. v. W.	30.00	30.00
Österr. Anstalt zu 40 " "	93.00	94.00
Salz. Anstalt zu 40 " "	32.00	32.50

E. Wechsel		Geld	Baare
Paris zu 40 fl. v. W.	33.50	34.00	
London zu 40 fl. v. W.	32.50	33.00	
St. Petersburg zu 40 fl. v. W.	32.00	32.00	
Wien zu 20 fl. v. W.	19.50	20.00	
Wien zu 20 fl. v. W.	20.00	20.50	
Wien zu 10 fl. v. W.	15.50	16.00	

Wechsel.

3 Monate.

F. Cours der Goldsorten.		Geld	Baare
Wien für 100 fl. v. W.	102.75	102.90	
Frankfurt a. M. für 100 fl. v. W.	102.75	102.90	
Hamburg für 100 fl. v. W.	91.20	91.40	
London für 10 fl. Sterling	120.00	120.20	
Paris für 100 Francs	47.45	47.55	
G. Münz-Dufaten		Geld	Baare
Ö. u. B. zu 5 fl. v. W.	76.00	76.00	
Ö. u. B. zu 16 fl. v. W.	60.00	60.00	
Ö. u. B. zu 9 fl. v. W.	67.00	67.00	
Ö. u. B. zu 9 fl. v. W.	94.00	94.00	
Ö. u. B. zu 1 fl. v. W.	81.00	81.00	
Ö. u. B. zu 120 fl. v. W.	120.00	120.00	

Telegraphische**Effekten- und Wechsel-Kurse**

an der k. k. öffentlichen Börse in Wien	den 25. Jänner 1864.
5% Metallisches	72.20
5% Nat.-Anleih.	80.15
Bankaktien	781.00
Kreditaktien	173.90
1860-er Anleihen	93.05
Silber	120.00
London	120.00
R. f. Dufaten	5.77

Fremden - Anzeige.

Den 25. Jänner.

Stadt Wien.

Die Herren: Peter, Obersteiger, von Straußnigg. — Haymann, Kaufmann, von Wien. — Fleischmann, Kaufmann, von Treviso.

Elephant.

Die Herren: Leonhardi, Fabrikant, von Nürnberg. — Meier, Robitzsch und Schwab, Kaufleute; Klein, Geschäftsführer, von Wien. — Schwarz, Kaufmann und Klop, Handelsmann, von Prag. — Sonnenberg, Kaufmann, von Kanischa. — Schögan, Gütebesitzer, von Gili. — Sager, Gütebesitzer, von Sachsenfeld. — Erisberg, Gütebesitzer, von Eriand. — Pöjning, Gütebesitzer, aus Unterfrank. — Voklat, Handelsmann, von Neumarkt. — Jagobitz, Kaufmann, von Triest. — Butte, Gütebesitzer, von Göttinger.

Bayerischer Hof.

Die Herren: Bergl, Kaufmann und Romanek, Fabrikant, von Wien.

Wien.

Die Herren: Fischer, Ingenieur, von Eriest. — Reichel, Geschäftsmann, von Wieuern.

(90—3)

Nr. 4404.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Mödling, als Gericht, wird dem Martin Gregoritz von Gradow hiermit erinnert:

Es habe Georg Marenzich von Gradow, durch Dr. Preuz, wider denselben die Klage auf Zahlung einer Weingebe pr. 9 fl. 72 sub praes. 22. August 1863, Z. 3341, hieran eingebracht, worüber zur summarischen Verhandlung die Tagessatzung auf den 29. März 1864,

früh 9 Uhr angeordnet, und dem Oeklagten wegen seines unbekannten Aufenthaltes Herr Mathias Novak von Gradow als Curator ad actum auf seine Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen wird derselbe zu dem Ende verständigt, daß er allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen habe, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

K. k. Bezirksamt Mödling, als Gericht, am 1. November 1863.

(125—3)

Nr. 143.

Edikt.

Zur Nachhänge zum dießgerichtlichen Edikte vom 20. November 1863, Z. 4200, wird bekannt gemacht, daß am 13. Februar 1864

zur II. Teilziehung der dem Johann Poklar in Neuhof Haus Nr. 4 gehörigen Realität geschritten werden wird.

K. k. Bezirksamt Radmannsdorf, als Gericht, am 13. Jänner 1864.

(120—2)

Nr. 5895.

Edikt.

Von dem k. k. Bezirksamte Planina, als Gericht, wird hiermit bekannt gemacht: Es sei über Ansuchen der Laibacher Sparkassa, durch Hrn. Dr. Rack, die mit dem dießgerichtlichen Bescheide vom 28. August l. J., Z. 4201, auf den 19. Dezember l. J. angeordnete 3. executive Teilziehung der der Louise Tomisch gebhörigen Realität, Urb. Nr. 455, ad Thurnlack auf den

18. März 1864

mit Vertheilung des Ortes, der Stunde und mit dem vorigen Anhange übertragen K. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, den 18. Dezember 1863.

Die Glaserei und Glashandlung in der Grazer Vorstadt in Marburg, Nr. 35, ist aus freier Hand zu verkaufen.

Das gesamte Baarenlager dieses alten geachteten Geschäftes: Hohl- und Grünwaaren, Kreidelglas, so wie Porzellan, Steinzeug, Goldschmuck etc. sind um den Fabriks-Einkaufspreis zu erhalten, auch das Gewölbe und die Wohnung in billigen Pacht zu geben.

Ueber das Nähere mit dem Eigenthümer mündlich oder in frankirten Briefen zu besprechen.

(188—1)

Joachim Bath.

Lose à 50 kr.,

auf

5 Lose 1 freilos.

Ziehung am 9. Februar,

Treffer 1000 Dufaten in Gold, 2 à 200 Dufaten, 2 à 100 Dufaten. Silbergeld, Goldschmuck, kunstvolle Gegenstände von Porzellan, Bronze etc.

Joh. C. Sothen in Wien.

Derlei Lose sind zu haben bei allen k. k. Steuerämtern, Postämtern, sowie bei den bekannten Losverschleißern.

In Laibach besonders bei

(142—5) Joh. Ev. Wutscher.

(189—1)

Wohnung.

Im Hause Nr. 223 am Kundschafplatz sind mehrere schöne Wohnungen zu vermieten.

Nähere Auskunft im 1. Stock.

Wohnung.

Im Hause Nr. 142 am Jakobplatz ist im ersten Stock eine Wohnung mit 3 Zimmern und einem Kabinett, Küche etc. zu Georgi zu vergeben.

Nähere Auskunft dorthelbst im Dreißtlergewölbe.

(180—2)

In dem Freischurfe der Gemeinde Medischach, Ortsgemeinde Aspoglan, eine Stunde von Laibach gegen Unterkrain, ist eine Grube, welche etwas Gold und Silber trägt, zu verpachten oder p. Spanovic zu geben.

Näheres ertheilt Franz Jossich zu Großlupp, Nr. 17. (177—2)

Eine große Quantität Confeti,

und zwar das Pfund zu 20 kr., ist zu haben bei

Johann Mosaner, Buckerbäcker, Judengasse.

K. k. priv. Südbahn-Gesellschaft.**Beförderung von Petroleum.**

Giltig vom 1. Februar 1864.

Der Artikel 32 des neuen Betriebs-Reglements vom 1. Juli 1863 enthält über Beförderung von Petroleum folgende Bestimmung:

„Sendungen von rohem oder gereinigtem Petroleum werden nur in ganzen Wagenladungen zum Transporte übernommen; sie müssen mit besondern, den Inhalt der Sendung deutlich bezeichnenden Frachtbriefen versehen, und nach der Ankunft auf der Eisenbahn-Bestimmungstation ohne Verzögerung vom Adressaten bezogen werden.“

Dieser Bestimmung gemäß erfolgt an jedem Tage der Woche die Uebernahme von amerikanischen Steinfässern (Petroleum, rock-oil, earth-oil, coal-oil) im ungereinigten oder gereinigten Zustande, welche letzteres unter verschiedenen Benennungen, wie z. B. Benzol, weißes und gelbes Brennstoff, Lubricant, Oleum, Kerosine im Handel vorkommen, in ganzen Wagenladungen von mindestens 100 Zentner und in Fässern oder Blechflaschen verpackt zu dem Tariffate der 1. Waaren-Klasse oder bei Aufgabe geringerer Quantitäten, wenn hiefür die für 100 Zentner entfallende Gebühr der 1. Waaren-Klasse entrichtet wird.

Zur Erleichterung für die Versender geringerer Quantitäten dieses Leuchtstoffes werden an den zur Aufnahme feuergefährlicher Gegenstände bestimmten Tagen auch Sendungen unter 100 Zentner zur Beförderung übernommen, wenn diese in Fässern oder Blechflaschen verpackt sind; in diesem Falle ist die Gebühr der 11. Waaren-Klasse zu entrichten, wobei jedoch die für 100 Zentner nach dem Tariffate der 1. Waaren-Klasse entfallende Gebühr nicht überschritten wird.

Um Unglücksfällen vorzubeugen, welche aus Anlaß mangelhafter oder undeutlicher Deklaration solcher Leuchtstoffe entstehen können, ist in den betreffenden Frachtbriefen neben dem allfälligen Eigennamen dieses Gases das Wort „Mineralöl“ beizusetzen.

Die Tage und Stunden der Aufnahme der feuergefährlichen Gegenstände in Sendungen unter 100 Zentner ist aus der in jedem Bahnhofe affigirten Spezial-Kundmachung zu entnehmen. Wien am 12. Jänner 1864.

(127—3)

Die Betriebs-Direktion.

(167—2)

Ein Armenball

wird zur theilweisen Kräftigung des, bei dem gegenwärtigen, durch die große Kälte vermehrten Nothstandes sehr in Anspruch genommenen Armenfondes

am 1. Februar d. J.

in den Lokalitäten der bürgerl. Schießstätte stattfinden.

Eintrittskarten sind in der Handlung des Herrn Jos. Karinger am Hauptplatze zu erheben, Familienkarten zu 3 fl., Personenkarten zu 1 fl.

Anfang Abends 8 Uhr.

Das gefertigte Comité ladet zum zahlreichen Besuche höflichst ein.

Mich. Ambrosch, Bürgermeister und Präses der Armen-Instituts-Kommission; C. Leskoviz, Handelsmann; C. Karinger, Handelsmann; Fr. Schantel, Mitglied der Armen-Instituts-Kommission; Jos. Schwentner, Mitglied der Armen-Instituts-Kommission; Dr. C. Ritter v. Stöckl, Direktor der Wohlthätigkeits-Anstalten; J. C. Stöckl, Handelsmann; Bl. Verhous, Mitglied der Armen-Instituts-Kommission; J. Weidlich, Handelsmann.